

An
Presse

PRESSEMITTEILUNG AfD Saarland und AfD-Fraktion im Landtag des Saarlandes

Ihre Anfrage vom 03.08.2026

Betr.: „Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45-Beitragsjahren.“

Basisforderung der AfD Saarland und AfD-Fraktion: **Hände weg von der Rente mit 63!**

Carsten Becker (Landesvorsitzender, MdB und MdL) betont: *„Wer 45 Jahre ins System gezahlt hat, kann nicht das Problem der Rentenmisere sein.“*

Die AfD Saarland und die AfD-Fraktion im saarländischen Landtag wenden sich entschieden gegen die Abschaffung der abschlagsfreien Rente für besonders langjährig Versicherte. Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge entrichtet hat, darf nicht zum Opfer für Fehlentwicklungen in der gesetzlichen Rentenversicherung gemacht werden.

Der Landesvorsitzende der AfD Saarland, Carsten Becker, erklärt:

„Wer 45 Jahre ins System gezahlt hat, kann nicht das Problem der Rentenmisere sein. Diese Menschen haben über Jahrzehnte gearbeitet, Verantwortung übernommen und ihren Beitrag zu unserem Gemeinwesen geleistet. Sie haben sich ihren Ruhestand ohne Abschlüsse verdient.“

Die sogenannte „Rente mit 63“ ist keine ungerechtfertigte Sonderleistung, sondern eine Anerkennung besonders langer Beitragszeiten. Die Abschaffung dieser Möglichkeit wäre aus Sicht der AfD ein schwerer Vertrauensbruch gegenüber Millionen Arbeitnehmern, die ihre Lebensplanung auf geltende gesetzliche Regelungen ausgerichtet haben.

„Auch in der Rente müssen politische Entscheidungen verlässlich sein und dürfen nicht je nach Bedarf kurzfristig geändert werden“, so Becker weiter. „Der Staat muss zu seinen Zusagen stehen. Wer jahrzehntelang eingezahlt hat, darf nicht nachträglich mit neuen Regeln oder versteckten Rentenkürzungen bestraft werden.“

Die AfD an der Saar lehnt es ab, die Ursachen der Rentenprobleme bei denjenigen zu suchen, die lange gearbeitet und Beiträge gezahlt haben. Stattdessen müssten versicherungsfremde und gesamtgesellschaftliche Aufgaben vollständig aus Steuermitteln finanziert werden, anstatt die Beitragszahler zusätzlich zu belasten.

Die AfD Saarland und die AfD-Fraktion unterstützen darüber hinaus eine stärkere Ausrichtung der Rentenpolitik an Leistung und Beitragszahlung. Dazu gehören das Ziel einer Nettoersatzquote von 70 Prozent, ein Freibetrag in der Grundsicherung, damit sich eigene Beitragszahlungen im Alter spürbar lohnen, sowie ein Ende der Zwangsverrentung von Langzeitarbeitslosen mit hohen Abschlägen. Auch eine Miteinbeziehung von Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung wäre geboten.

Gleichzeitig erteilt die AfD Saar neuen Belastungen eine klare Absage. Eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters – etwa durch eine automatische Kopplung an die Lebenserwartung – wird abgelehnt. Wer körperlich oder psychisch besonders belastend gearbeitet hat, darf nicht durch immer höhere Altersgrenzen zusätzlich benachteiligt werden.

Auch eine verpflichtende zusätzliche Kapitalrente mit neuen Abgaben auf den Arbeitslohn kommt für die AfD nicht infrage. Kapitalgedeckte Vorsorge kann sinnvoll sein, muss aber freiwillig erfolgen bei entsprechender staatlicher Förderung.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber dürften angesichts bereits hoher Belastungen nicht mit weiteren Zwangsbeiträgen stranguliert werden und Arbeit in Deutschland somit noch teurer gemacht werden. Ebenso lehnt die AfD eine pauschale Zwangsmitgliedschaft für Selbständige ohne ausreichende Ausstiegsmöglichkeiten ab.

Carsten Becker betont:

„Die Rentenpolitik braucht keine kurzfristigen Eingriffe zulasten der Bürger, sondern Verlässlichkeit, Leistungsgerechtigkeit und eine langfristige Perspektive. Wer 45 Jahre eingezahlt hat, muss wissen, dass seine Ansprüche nicht bei der nächsten politischen Gelegenheit zur Disposition gestellt werden.“

Ein Bericht einer Rentenkommission ist zudem noch kein Gesetz. Jede einzelne Maßnahme muss darauf geprüft werden, ob sie den Bürgern und ihren berechtigten Erwartungen wie auch staatlichen Erfordernissen tatsächlich dient oder lediglich neue Belastungen zum Füllen entstandener Finanzlöcher dient, Finanzlöcher die durch langjährige Verfehlungen der bislang herrschenden Politik - teils sehenden Auges - verursacht wurden.

Die AfD fordert deshalb eine zukunfts feste Rentenpolitik durch:

- den Erhalt der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren;
- verlässliche und langfristig geltende politische Regeln;
- eine stärkere Anerkennung von Lebensarbeitsleistung und Beitragszahlung;
- die vollständige Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen;
- die Einbeziehung der Bundestagsabgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung;
- stabile Vollzeit Arbeitsplätze und eine wirtschaftlich starke Grundlage der Rentenversicherung;
- eine verlässliche Familienpolitik anstelle immer neuer Belastungen und Rentenkürzungen.

*„Die Menschen, die dieses Land über Jahrzehnte am Laufen hielten, verdienen Anerkennung, Sicherheit und einen planbaren Ruhestand. Die AfD Saarland und die AfD-Fraktion stehen deshalb klar an der Seite der langjährig Versicherten: **Hände weg von der Rente mit 63!**“*

AfD Saarland

AfD-Fraktion im Landtag des Saarlandes

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Christoph SCHAUFERT'.

Christoph SCHAUFERT M.A. MdL

Pressesprecher AfD Fraktion im Landtag des Saarlandes
Pressesprecher AfD Landesverband Saarland